

Antrag

auf Rückerstattung des Deutschlandsemestertickets

Einreichungsfrist des Antrags und aller Nachweise bis einschließlich 29.09.2024

Insgesamt 3 Unterschriften nötig (S. 2 und S. 6)

Auf die Rückerstattung besteht (mit Ausnahme von Schwerbehinderung) kein rechtlicher Anspruch

Name:

Adresse:

Telefon:

E-Mail:

Im Wintersemester 2024/25 beantrage ich aus folgendem Grund eine Rückerstattung (bitte auswählen):

- studienbedingter Aufenthalt von mindestens 3 Monaten des Semesters im Ausland

Nachweis: Es muss nachgewiesen werden, dass der Aufenthalt **studienbedingt** durchgeführt wird, **mindestens 3 Monate des Semesters** umfasst und **im Ausland** stattfindet (z. B.: Praktikums- oder Arbeitsvertrag, Studienbescheinigung der Auslandshochschule, Laufzettel...).

- Urlaubssemester

Nachweis: Genehmigungsschreiben der Beurlaubung

- Immatrikulation an zwei Hochschulen mit verpflichtendem Semesterticket

Nachweis: Es muss nachgewiesen werden, dass eine Immatrikulation an zwei Hochschulen vorliegt und an beiden Hochschulen ein Semesterticket erworben werden muss. Außerdem muss formlos bestätigt werden, dass die Rückerstattung nicht für beide Tickets durchgeführt wird.

- Schwerbehinderung mit Anspruch auf Beförderung nach dem SGB IX

Nachweis: Beiblatt des Schwerbehindertenausweises mit der zugehörigen Wertmarke

In allen Fällen muss zudem eine **Studien- bzw. Immatrikulationsbescheinigung des aktuellen Semesters** als Nachweis mit eingereicht werden.

Bitte reiche die nötigen Nachweise ein, damit der Antrag genehmigt werden kann.

Meine Bankverbindung:

IBAN:

BIC:

Bank:

Ich bestätige die Richtigkeit meiner Angaben.

Datum, Ort

Unterschrift des Antragsstellenden

Einverständniserklärung der Nichtnutzung des Deutschlandsemestertickets:

Ich bin mir darüber im Klaren, dass eine Rückerstattung nur möglich ist, sofern ich das Deutschlandsemesterticket zu keinem Zeitpunkt genutzt habe. Mit der Unterschrift versichere ich, dass ich das Deutschlandsemesterticket im Wintersemester 2024/25 nicht genutzt habe und dieses, bis zur Sperrung in der NETINERA-Tickets App, auch nicht tun werde.

Datum, Ort

Unterschrift des Antragsstellenden

Vom AStA auszufüllen

Antrag auf Rückerstattung wurde: genehmigt
 nicht genehmigt

Begründung:

Datum, Ort

Unterschrift/Stempel (Referat für Mobilität)

Betrag in Höhe von € Überwiesen am

Datum, Ort

Unterschrift/Stempel (Referat für Finanzen)

Datenschutzerklärung und Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten

1. Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Mit Abgabe des ausgefüllten Formulars werden folgende personenbezogenen Daten durch den AStA des Umwelt-Campus, Referat Mobilität erhoben und abgespeichert:

- Personenbezogene Daten:
 - Vor- und Nachname
 - Adresse
 - Telefon
 - E-Mail
 - Bankverbindung
- Nachweise für die Rückerstattung (darunter fallen Dokumente wie):
 - Praktikums- oder Arbeitsvertrag
 - Laufzettel
 - Studienbescheinigung
 - Beurlaubungsschreiben
 - Schwerbehindertenausweis.

2. Zweck der Datenverarbeitung

Die vorübergehende Speicherung der unter 1. genannten Daten dient folgendem Zweck:

- Die Daten und Unterlagen werden verarbeitet, um die Anspruchsberechtigung auf Rückerstattung zu prüfen.
- Bearbeitung der Semesterticket-Rückerstattung
- Erfassung der erfolgten Rückerstattung zum Deutschlandsemesterticket und manuelles Entfernen von nicht-berechtigten Personen aus dem Hintergrundsystem der NETINERA-Tickets App, über die die Ausgabe des Deutschlandsemestertickets erfolgt. Damit wird garantiert, dass das Deutschlandsemesterticket nur berechtigten Personen ausgegeben wird, die den Semesterticket-Beitrag gezahlt haben
- Nachvollziehbarkeit der Rechnungsstellung zum Deutschlandsemesterticket im Hinblick auf die erfolgten Rückerstattungen

3. Dauer der Speicherung

Die personenbezogenen Daten werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch spätestens dann, wenn eine rechtlich vorgeschriebene Speicherfrist abläuft.

Im Falle der oben genannten Daten erfolgt die Löschung nach einer Frist von 3 Jahren nach Semesterabrechnung.

4. Datenweitergabe

Eine Weitergabe der obigen personenbezogenen Daten erfolgt zum Zwecke Erfassung der erfolgten Rückerstattung zum Deutschlandsemesterticket und zum manuellen Entfernen von nicht-berechtigten Personen aus dem Hintergrundsystem der NETINERA-Tickets App, über die die Ausgabe des Deutschlandsemestertickets erfolgt. Damit wird garantiert, dass das Deutschlandsemesterticket nur berechtigten Personen ausgegeben wird, die den Semesterticket-Beitrag gezahlt haben.

Die Daten werden weitergegeben an:

- Die Länderbahn GmbH DLB, Bahnhofplatz 1 in 94234 Viechtach

Bitte beachten sie hierzu ergänzend die Datenschutzerklärung der NETINERA-Tickets App (<https://www.netinera-tickets.de/datenschutz/>).

5. Verantwortliche Stelle

Verantwortliche Stelle für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist:

AStA des Umwelt-Campus, Hochschule Trier
Campusallee 9914
55768 Hoppstädten-Weiersbach

E-Mail: asta@umwelt-campus.de

6. Rechtsgrundlage

Als Rechtsgrundlage für die Erhebung, Verarbeitung, Speicherung und Weitergabe der Daten dient Art. 6 Abs. 1 lit. a EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als Rechtsgrundlage.

7. Ihre Rechte

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden.

Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
- (8) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen Daten bestreiten: für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- (2) wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- (3) wenn der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von

Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

Recht auf Löschung

a) Löschungspflicht

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- (1) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- (4) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- (5) Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- (6) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

b) Information an Dritte

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

c) Ausnahmen

Das Recht auf Löschung und die soeben unter 4. b) beschriebenen Pflichten bestehen nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- (1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- (2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- (3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- (4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- (5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

- (1) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO

- oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b DSGVO beruht und
(2) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 3 Satz 1 lit. b DSGVO i.V.m. § 3 LDSG erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Sie haben die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft – ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG – Ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

Die vorliegende Datenschutzerklärung ist aktuell gültig und datiert vom 15. August 2024.

Von der Datenschutzerklärung habe ich Kenntnis genommen und erkläre hiermit meine Einwilligung zur Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten.

Datum, Ort

Unterschrift des Antragsstellenden